

Facetten der Interkulturellen Öffnung
2. Nürnberger Integrationskonferenz am 28. April 2012

Workshop 1

Sprachenvielfalt – Chancengleichheit: Herausforderung an Bildungsinstitutionen

Sprache ist Voraussetzung für Bildungsbeteiligung. Sprachförderprogramme stellen im Rahmen der monolingualen Bildungsangebote auf den Unterstützungsbedarf von Menschen nicht-deutscher Muttersprache ab. Aber auch Zertifizierungen, Einrichtungen und Programme müssen auf den Prüfstand, um Bildung zugänglicher zu machen.

Professor Dr. İnci Dirim

lehrt seit 2010 am Institut für Germanistik der Universität Wien Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Seit 1997 war sie an verschiedenen deutschen Universitäten tätig. Sie blickt auf eine langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit in unterschiedlichen Projekten zur Sprachentwicklung und -förderung in verschiedenen Lebensphasen zurück.

Zusammenfassung

Bevor Frau Professor Dirim die wichtigsten Modelle sprachlicher Bildung vorstellte (s. Präsentation), machte sie einige grundsätzliche Äußerungen zum Thema. Dazu gehörte vor allem ihr Plädoyer für eine „durchgängige Sprachbildung“, die im Vorschulalter beginnen und bis in die Phase der Berufsausbildung und des Studiums hineinreichen muss. Sprachbildung ist mehr als Sprachförderung, denn sie berücksichtigt die Anforderungen, die Sprache im gesamten Bildungsprozess erfüllen muss. Sprache muss auf unterschiedlichen Niveaus beherrscht werden, nicht nur im Bildungsverlauf, sondern auch, damit darüber hinaus gesellschaftliche Teilnahme wirklich möglich ist. Dies betrachtet sie nicht nur für Menschen anderer Muttersprachen, sondern für alle Menschen als unabdingbar. Wichtig zur Verwirklichung von „Sprachbildung“ ist für die allgemeinbildenden Schulen die Berücksichtigung der in ihrem jeweiligen Umfeld gesprochenen Sprache, da die in einem Stadtteil lebende Bevölkerung eine „eigene“ Umgangssprache entwickelt oder ein mehr oder weniger stark ausgeprägter Dialekt vorhanden ist. Beides wirkt sich auf den Sprachstand der Kinder aus. Insofern hält Dirim es für erforderlich, Schulentwicklung immer als Teil von Stadtteilentwicklung zu betrachten.

Um das Bildungssystem erfolgreich zu durchlaufen, ist die Beherrschung verschiedener sogenannter Register der Sprache erforderlich, d.h. mehr als die Familiensprache oder die Sprache der Peergroup. Sprachbildung macht ihrer Meinung nach ein explizites Erlernen der Grammatik erforderlich, um den unterschiedlichen Sprachstand der Kinder in der Schule zu kompensieren und auf ein Niveau zu bringen, das die Aneignung von Bildungsinhalten ermöglicht. Aber die Lehrer müssen ihren Unterricht auch auf das Register Bildungssprache hin ausrichten. Was darunter zu verstehen ist, machte sie anhand einiger Beispiele aus der Unterrichtspraxis deutlich (s. Präsentation).

Für das Erlernen der verschiedenen Fachsprachen im formalen Bildungsprozess ist ein additiver Deutschunterricht in allen Fächern bis einschließlich der Sekundarstufe II erforderlich. Gleiches gilt für den muttersprachlichen Unterricht. Nur so kann verhindert werden, dass ein herkunftsbedingter Sprachstand die Entfaltung von Deutsch oder der

Muttersprache zur Bildungssprache behindert. Dazu gehört ihrer Meinung nach eine gute Diagnostik, auf die individuelle Förderung und Unterstützung aufbauen kann.

Anhand von Kanada (s. Präsentation) zeigte sie auf, wie es sich auswirkt, wenn sprachliche und kulturelle Vielfalt geschätzt und gefördert werden. Es gibt dort z. B. nicht die Forderung an eingewanderte Eltern, mit ihren Kindern englisch zu sprechen. Das gleiche gilt für die Schülerinnen und Schüler, bei denen es als selbstverständlich angesehen wird, dass sie sich untereinander in ihrer jeweiligen Muttersprache unterhalten. Lehrkräfte und anderes Personal in den Schulen haben die Aufgabe, alle Eltern zu informieren und sie im Hinblick auf die Schullaufbahn ihrer Kinder zu unterstützen. Sie erwähnt als positive Entwicklungen in Europa das seit 2005 in Zürich angewandte Quims-Konzept (s. Präsentation) und in den Bundesländern Sachsen und Schleswig-Holstein die Entwicklung eines Beobachtungs- und Diagnoseverfahrens für Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache als Grundlage für eine individuelle Förderung. Dafür wurden alle Lehrer in Fortbildungen qualifiziert. In Österreich soll ein vergleichbares Verfahren bis zum Abitur eingeführt werden. Die Voraussetzung für das Gelingen dieser Ansätze ist, dass den Schülerinnen und Schülern Reflexions- und Evaluationsmöglichkeiten eingeräumt werden. Dazu ist es erforderlich, dass in den Klassenverbänden eine Binnendifferenzierung eingeführt wird und die Lehrkräfte ihren Schülerinnen und Schülern Rückmeldungen zu ihren Fortschritten geben.

Ziel aller Bemühungen, so Dirim, muss die Realisierung eines durchgängig bildungssprachförderlichen Unterrichts sein, der es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, die Verbindung zwischen ihrer Alltags- und der Bildungssprache herzustellen. Dazu müssen Programme sowohl für Schülerinnen und Schüler deutscher Muttersprache als auch anderer Muttersprachen erarbeitet werden.